



PROFIL



Beschäftigte von Siemens Energy in Erfurt: am 1. Februar 2024 gemeinsam aufgestanden für ein „weltoffenes Thüringen“

„Klare Kante“ zeigen

Menschenrechte, Demokratie und Vielfalt im Betrieb verteidigen

Die IG Metall, ihre Betriebsräte und Vertrauensleute nehmen die wachsenden Zukunftsängste der Menschen sehr ernst. Aber rechts abbiegen führt in die Sackgasse. Rechtsextremismus und -populismus steuern nicht dagegen. Am rechten Rand sucht man nur Sündenböcke, schürt Fremdenhass, plant Deportationen, greift Arbeitnehmer- und Frauenrechte an und will Deutschland völkisch-national abschotten. Das hilft einer verunsicherten Gesellschaft nicht und ist zudem ethisch völlig inakzeptabel.

DIALOG MIT FINGERSPITZENGEFÜHL

Metaller*innen zeigen in den Betrieben „klare Kante“ gegen Hetzer und Spalter. Dazu gehört, deren Positionen zu hinterfragen und Scheinargumenten deutlich

zu widersprechen. Dabei sind Dialogfähigkeit und Fingerspitzengefühl nützlich.

Geht es um die Politik der AfD, hat Aufklärung Vorrang. Denn sie schadet vor allem ihren potenziellen Wähler*innen (s. Seite 3). Und zuvörderst den sozial Schwachen. Die sollen nach dem Willen dieser rechtsextremen Partei außerdem ihre starken Gewerkschaften verlieren. (s. Seite 4).

RICHTIGE POLITIK FÜR DIE MENSCHEN

Die demokratischen Kräfte gemeinsam sind daher gefordert, (wieder) die richtige Politik für die Menschen zu machen. Dafür engagieren sich auch die Metaller*innen innerhalb und außerhalb der Betriebe.

Zukunftsängste

AfD-Wähler*innen machen sich überdurchschnittlich große Sorgen um die Zukunft.

Seite 2

Falsche Wahl

Gerade AfD-Wähler*innen leiden am meisten unter der Politik dieser Partei.

Seite 3

Kein Recht auf Hetze

Metaller*innen aus den Betrieben stellen sich gegen Hass und Spaltung.

Seite 4



„Die IG Metall stellt sich ohne Wenn und Aber gegen rechtsextreme und -populistische Strömungen. Menschenrechte und Demokratie sind für uns nicht verhandelbar. Als Gewerkschaft stehen wir für Solidarität, Vielfalt und Respekt. Ausgrenzung und Rassismus haben bei uns keinen Platz, weder in Politik und Gesellschaft noch in Unternehmen und Betrieben. Daher rufen wir dazu auf, an der Europawahl und den anderen Wahlen in diesem Jahr teilzunehmen und die Parteien zu stärken, die sich klipp und klar zur Demokratie bekennen.“

Jürgen Kerner,
2. Vorsitzender der IG Metall



„Abschottung, Rassismus und Deutschtümelei gefährden unser Miteinander, unseren Wirtschaftsstandort Deutschland und unsere Arbeitsplätze. Wenn die Deportationsfantasien rechtsradikaler Politiker Realität würden, könnten

wir Siemens mit seinen Mitarbeitenden aus 117 Nationen in Deutschland schließen. Wir lassen es nicht zu, dass eine rechtsextreme aggressive Minderheit versucht, die Gesellschaft zu spalten und den sozialen Frieden gefährdet. Wir Betriebsräte setzen uns verantwortungsvoll für Mensch vor Marge und soziale Gerechtigkeit ein, für die Zukunft aller. Jeden Tag bei uns in den Betrieben. Wir stehen für Vielfalt, Respekt und Demokratie.“

Birgit Steinborn, Vorsitzende des
Gesamtbetriebsrats der Siemens AG

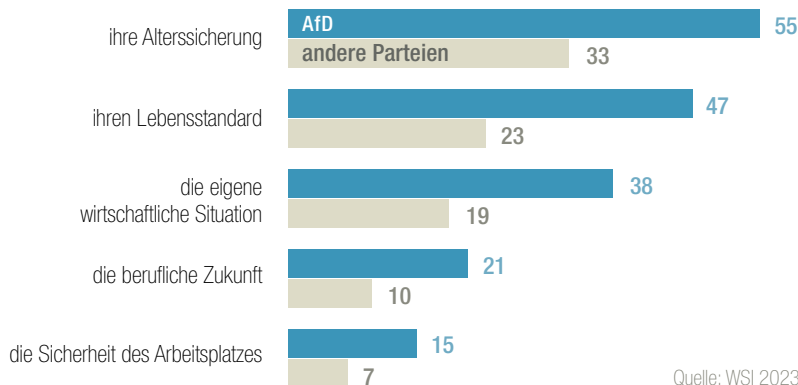
AFD NUTZT ZUKUNFTSÄNGSTE

Studie der Hans-Böckler-Stiftung

Zukunftsangst hilft der AfD

Große Sorgen machen sich Wählerinnen und Wähler um ...

Angaben in Prozent



Quelle: WSI 2023

43 Prozent der Wählerschaft der AfD fühlen sich stark oder sehr stark von den derzeitigen Krisen betroffen, das ergibt die aktuelle Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung. AfD-Wähler*innen machen sich große Sorge um die Alterssicherung, den Lebensstandard und die eigene wirtschaftliche Situation (siehe Grafik). Diese Zukunftsängste nutzt die Partei aus. Besonders problematisch ist, dass gerade Menschen mit niedrigem Einkommen durch die Corona-Krise und die Inflation infolge des Ukraine-Kriegs überproportional belastet wurden. Daraus speise sich auch zu einem beträchtlichen Teil der Vertrauensverlust der Bundesregierung. Die unteren Einkommen müssten entlastet werden, meint Prof. Dr. Bettina Kohlrausch, Direktorin des WSI.

Zu den Verunsicherungen, die auch antidemokratische Einstellungen triggern können, trägt auch das Gefühl bei, mit den „rasenden“ gesellschaftlichen Ver-

änderungen nicht mithalten zu können. „Wer jahrzehntelang stolz darauf war, am Diesel gebaut zu haben und jetzt plötzlich nur noch klimafeindliche Technik von gestern produziert“, sehe eben nicht nur den Arbeitsplatz bedroht, sondern auch das eigene Selbstwertgefühl“, sagt die Soziologin. Menschen, die den Eindruck haben, die Gestaltung ihres (Arbeits-)Alltags nicht beeinflussen zu können, neigten eher zu antidemokratischen Einstellungen. Dies betreffe nicht zuletzt die Digitalisierung und den sozial-ökologischen Wandel.

„Konkrete Mitsprachemöglichkeiten im Arbeitsumfeld stärken demokratische Einstellungen und verringern die Wahrscheinlichkeit, AfD zu wählen“, betont Kohlrausch. „Damit sich betriebliche Mitbestimmung auch in reale Teilhabemöglichkeiten von Beschäftigten übersetzt, brauchen Betriebsräte mehr Rechte, um die aktuellen Veränderungen mitgestalten zu können.“



„Unser Wohlstand gründet sich auf Fortschritt und Innovation, auf Austausch und Offenheit, Vielfalt und Verlässlichkeit – und vor allem auf kreative und engagierte Menschen. Und dazu

gehören natürlich auch Menschen, die nach Deutschland kommen und sich und ihre Fähigkeiten einbringen wollen. Bei Siemens gibt es daher keinen Platz für Extremismus und Rassismus. In unseren Regeln steht: Wir achten die Würde, die Privatsphäre und die grundlegenden Rechte jedes Einzelnen.“

Dr. Roland Busch, Vorsitzender des Vorstands der Siemens AG



„Stell dir vor:
- unsere Produkte würden nur nach Deutschland verkauft werden
- wir wären nicht Teil internationaler Forschungsk Kooperationen
- wir würden keine EU-Fördergelder

erhalten
- Siemens Energy hätte keinerlei Handelspartner über Ländergrenzen hinweg
- wir müssten die Produktion herunterfahren, da Fachkräfte fehlen
- unsere kreativen und innovativen Teams würden jeglicher Vielfalt beraubt
- in der Kantine gäbe es anstatt Pizza, Döner und Sushi nur noch Schweinebraten.
Ich möchte mir das nicht vorstellen!“

Robert Kensbock, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der Siemens Energy AG



„Ich bin besorgt, dass unsere Demokratie und damit auch alle wirtschaftlichen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte auf dem Spiel stehen. Abschottung, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit sind Gift für den deutschen Export und die Arbeitsplätze hier bei uns in Deutschland - wir dürfen daher den Angstmachern keinen Raum geben und auf ihre vermeintlich einfachen Lösungen hereinfallen.“

Christian Bruch, Vorsitzender des Vorstands der Siemens Energy AG

AFD-WÄHLER*INNEN SCHADEN SICH SELBST

Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

„Menschen, die die AfD unterstützen, würden am stärksten unter deren Politik leiden“, schreibt der Präsident im Vorstand des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Prof. Dr. Marcel Fratzscher, in einer Kurzanalyse. Die Partei setzt sich für Steuersenkungen, wie neuerdings bei der Erbschaftssteuer, und gegen eine höhere Besteuerung großer Vermögen ein. Den Solidaritätszuschlag für die Spitzenverdiener*innen will sie komplett abschaffen. Keine Partei im Bundestag will Sozialleistungen stärker beschneiden. Rechte von Mieter*innen will sie nicht stärken. Den Mindestlohn in Höhe von 12 Euro hat sie abgelehnt.

„Bemerkenswert ist, dass die AfD sich noch stärker und umfassender für eine marktorientierte Wirtschafts-, Finanz- und

Sozialpolitik ausspricht als die FDP“, sagt Fratzscher. „Die AfD-Ideologie und -Politik – den Staat in der Wirtschafts- und Steuerpolitik zu reduzieren, die Sozialsysteme zu beschneiden, Chancen und Teilhabe von marginalisierten Gruppen in der Demokratie weiter zu beschränken, die Globalisierung und den Klimaschutz zurückzudrehen – würde nicht nur Deutschland, sondern in erster Linie den AfD-Wählern schaden.“ Eine Demontage der EU betreffe vor allem die sozial Schwachen – dazu gehören vor allem auch viele AfD-Wähler*innen.

„Die Aufgabe von Politik und Gesellschaft ist es, die Widersprüche der AfD-Positionen offenzulegen und den AfD-Populismus durch den öffentlichen Diskurs zu entlarven“, meint Fratzscher.



„Jeder Extremismus ist nach unserer Überzeugung falsch und verstärkt Probleme, statt echte Lösungen anzubieten. Das gilt für die Gesellschaft,

aber ganz besonders für die Betriebe: Die Interessen der Beschäftigten dort

vertreten wir auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes, und das wiederum basiert auf dem Grundgesetz. Mitbestimmung funktioniert also nur mit einer starken Demokratie und solidarischem Miteinander. Ob AfD oder wer auch immer: Wer das aushöhlen will, trifft auf unseren Widerstand.“

Hagen Reimer,
Leiter des Siemens Teams



„Meine Argumente in solchen Gesprächen sind immer gemischt aus viel Emotion und Sachargumenten. Rassismus ist zutiefst unmenschlich. Da geht mir einfach der Hut hoch. Wir alle sind

irgendwo ‚die Anderen‘ und wollen nicht so behandelt werden. Und was die Demokratie angeht, bin ich als Bürgerin, die in der DDR aufgewachsen ist, beinahe noch dünnhäutiger. Wir alle profitieren von der Demokratie und müssen verstehen, dass das keine Selbstverständlichkeit ist. Und all denen, die beklagen, was man angeblich alles ‚nicht mehr sagen darf‘, sage ich gern immer wieder: Genau dafür ist die Demokratie so wichtig, dass du genau das sagen kannst, auch wenn es nicht wahr ist.“

Bettina Haller, Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats der Siemens Mobility



„Rechtsextremismus, Populismus und menschenverachtende Deportationspläne sind inakzeptabel. Wir Betriebsräte stehen für Demokratie, Vielfalt, für Respekt für alle Menschen, egal welcher

Herkunft, Hautfarbe, Religion, Behinderung, sexueller Orientierung und Geschlecht.“

Dorothea Simon, Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats bei Siemens Healthineers

75 JAHRE GRUNDGESETZ



Betriebsräte aus den Siemens-Unternehmen setzen vor dem Bildungszentrum in Sprockhövel ein klares Zeichen

für Vielfalt, Respekt und Demokratie. Mit diesem Thema haben sie sich auch während ihrer Fachtagung Ende April auseinandergesetzt. Der Gesamtbetriebsrat der Siemens AG hat die Kolleg*innen an den Standorten gebeten, aus Anlass des 75. Jahrestages des Grundgesetzes im Mai, kreative Aktionen oder andere Aktivitäten zu organisieren.

Impressum

Herausgeber:
IG Metall Vorstand, Jürgen Kerner,
Wilhelm-Leuschner-Str. 79,
60329 Frankfurt/Main
Redaktion: Hagen Reimer
Text und Layout:
KP Wolf Kommunikation, Berlin
Fotos: IG Metall, Siemens,
Siemens Energy, privat

Kein Recht auf Hetze

Nachgefragt im Betrieb

„Wie würdet Ihr Euch mit Kolleginnen und Kollegen (argumentativ) auseinandersetzen, die sich rassistisch oder gegen unsere demokratischen Grundwerte äußern?“

„Es gibt kein Recht auf Hetze, Spaltung oder Hass. Auch weil ich als Betriebsrat einen gesetzlichen Auftrag habe, werde ich bei rassistischen und diskriminierenden Äußerungen nicht weghören, sondern aktiv. Oft steckt Unwissenheit dahinter. In einem persönlichen Gespräch würde ich aufklären – anhand von Zahlen, Daten und Fakten. Ich gehe mit jedem Menschen respektvoll um und er-



warte das auch von den Kolleg*innen untereinander.“

Manuel Stöbig, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender, Amberg

„Ich würde niemanden gleich in die Ecke stellen und mit Schuldzuweisungen arbeiten, sondern erstmal zuhören und nach den Ursachen fragen. Was war der Auslöser für diese ‚schrägen‘ Gedanken? Die fallen ja nicht vom Himmel. Wichtig ist, argumentativ aufzuzeigen, was uns wirklich hilft, die Unzufriedenheit und die Krise zu überwinden.“



Denise Petersen, Vorsitzende der Jugend- und Auszubildendenvertretung bei Siemens Energy, Mülheim

„Klare Kante zeigen, aber nicht ‚draufhauen‘. Ich möchte zunächst hinterfragen, was hinter rassistischen, diskriminierenden Äußerungen steckt. Damit würde ich mich argumentativ auseinandersetzen und versuchen, von meiner Sicht auf die Dinge zu überzeugen. Populistische Äuße-



rungen – wie ‚Raus mit ...‘ – lösen kein einziges Problem.“

Björn Malchrowitz, Betriebsratsvorsitzender bei Siemens Mobility, Betrieb West

„Es gibt viele soziale Ungerechtigkeiten, die man angehen muss. Nicht eine einzige kann mit Fremdenfeindlichkeit überwunden werden. Wir sind damit noch nicht konfrontiert worden. Bei Hacon arbeiten wir mit tollen ausländischen Fachkräften gut zusammen. Die brauchen wir auch in Zukunft. Ich bin außerdem stolz darauf, dass Deutschland Menschen, die aus Not



flüchten müssen, aufnimmt. Sie dürfen nicht wie Bürger zweiter Klasse behandelt werden.“

Frank Geveke, Betriebsratsvorsitzender bei Hacon

„Wir können in Gesprächen mit unseren Kolleg*innen auf eine Erklärung der Betriebsversammlung vom 1. Februar 2024 verweisen. Darin heißt es u. a.: ‚Ressentiments gegenüber Menschen, sei es aufgrund ihrer Herkunft, Lebensweise oder Kultur, haben bei uns keinen Raum.‘ Wohl wissend, dass unsere Erfurter Belegschaft ein Spiegelbild der hiesigen Bevölkerung ist, haben sich dafür alle von ihren Plätzen erhoben (s. Foto S. 1). Dieses starke Zeichen für ein weltoffenes Thüringen unterstützt die Werkleitung uneingeschränkt.“



André Günther, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei Siemens Energy, Erfurt.

WAS DIE AFD WIRKLICH WILL

Original-Zitate

„Während die Bundesregierung von einer ‚Rückführungsoffensive‘ nur redet, werden wir eine solche Offensive im Rahmen einer ‚Remigrationsagenda‘ tatsächlich umsetzen.“ Positionspapier des AfD-Bundesvorstands, Januar 2024

„Ganz wesentlich tragen doch die Gewerkschaften zum Desaster der Erosion der Tarifverträge bei. (...) Die Betriebsräte müssen künftig befugt und in der Lage sein, sich um Vereinbarungen bis hin zum Abschluss eines Firmen- oder Haustarifvertrags zu kümmern. Folglich sollte der Tarifvorbehalt der Gewerkschaften überdacht werden.“ Jürgen Pohl, stellvertretender sozialpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, April 2021

„Die Abschaffung der Schuldenbremse ist ein Schritt, den wir vehement ablehnen.“ Kay Gottschalk, finanzpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, November 2023

„Wir als AfD-Fraktion fordern mehr Freiheit und Selbstbestimmung beim Renteneintritt. Und da gilt: 45 Beitragsjahre sind genug. Wer diese zusammen hat, sollte auch ohne Abschläge in Rente gehen.“ Ulrike Schielke-Ziesing, rentenpolitische Sprecherin der AfD-Bundestagsfraktion, April 2024

„Die AfD lehnt daher Überregulierungen wie Mietpreisbremsen, Mietendeckel und Privatisierungsverbote ab.“ Wahlprogramm der AfD Hessen, 2023

„Das Landestariftreue- und Mindestlohngesetz (für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg) wird aufgehoben.“ Gesetzentwurf der AfD-Fraktion, Juli 2019

„Eine elternunabhängige Grundförderung lehnen wir aus Kostengründen ab.“ Antrag der AfD-Bundestagsfraktion zum Bafög, April 2019

„Wir setzen nicht auf Zuwanderung, sondern wir setzen auf ein organisches Wachstum aus der eigenen Gesellschaft heraus.“ Stefan Möller, AfD-Landeschef in Thüringen, ZDF frontal, Februar 2024